„Du mußt immer den Acker der Wirklichkeit betreten…“

-Streiflichter aus Cottbus-

Das obige Zitat ist aus einem Brief von Heinrich Albertz (*) an seinen Sohn, zitiert vom MdB Wolfgang Neskovic (Richter am Bundesgerichtshof a.D.), verbunden mit der begründeten Forderung, die Linke müsse immer einen „Raum“ frei haben für den Rechtsstaat und ihn nicht anderen überlassen.

Dieser Cottbusser Landesparteitag der Linkspartei.PDS am 28. Oktober 2006 war ein hochkarätiges Forum über die Zukunft des Landes Brandenburg. Drei Landes- und Fraktionsvorsitzende (Brandenburg Linke und WASG, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern), zwei Mitglieder des Bundestages, 6 Landtagsabgeordnete und ein Bürgermeister (Königs Wusterhausen) stellten sich themenbezogen den Delegierten, hinzu die Stellvertretende Vorsitzende des DGB (Brandenburg/Berlin) und ihr Partner der IG Metall.

Drei Leitbilder lagen vor:

In Hochglanz das von oben für unten Bestimmte der Landesregierung, das des DGB unter dem Motto: “Unsere Heimat…“ Dialog für ein Brandenburg der Regionen - das unserer Landtagsfraktion. Die beiden Letzteren zusammen gelesen standen im Gegensatz zu dem Hochglanzdiktat.

Kurzum – 2009 im Visier, hat unsere Landespartei einen anspruchsvollen Dialog, einen Wettbewerb der Ideen eröffnet. Gegen eine Berlin-Zentriertheit für gleichwertige Lebensbedingungen war der berühmte Rote Faden. Eben Vielfalt als Herausforderung! Im Hintergrund die Gerichtsentscheidung zu Berlin. Sie trifft, so darf man sagen, die Schicksalsgemeinschaft Berlin – Brandenburg im Grunde gleichermaßen. Das heißt:. Wettbewerbsförderalismus gleich Verkauf des Tafelsilbers und beinharte kapitalfördernde Steuerpolitik. Ja und: Ein Monolog der Landes-SPD zur Linken, der (noch) kein Dialog ist. Es hieß, die SPD müsse sich entscheiden.

Fünf Themen standen vor der zustimmenden Beschlussfassung zur Debatte:

- Gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen,
- Demokratische Teilhabe,
- Arbeit für ein Leben in Würde,
- Die ökolog. Herausforderung als Chance,
- Demografischer Wandel und stabile Haushalte.

Ein weites Feld. Im 34-seitigen Leitbild, mit den bewusst gewählten Zeilen aus einem Kinderlied, wird der Versuch gemacht, Antwort zu geben. In einer gut einjährigen Debatte mit der Bürgerschaft soll es reifen und so nicht nur unsere Sache sein (Wir werden es bald zur Diskussion erhalten!).

Im zweiten Teil stand der Leitantrag „Für eine neue Linke Partei in Brandenburg – vereint, stark und links“ zur Beschlussfassung.

Begleitet von einer inhaltlich streitbaren Diskussion zum strategischen Dreieck, zum Demokratischen Sozialismus bis hin zum Entwurf des Statutes u.a. wird durch genau abgestimmte Maßnahmen mit den Freunden der WASG der Weg der Herausbildung für die Linke in Brandenburg gegangen. Die Möglichkeiten der Chance des Gelingens sind tragfähig, wenn wir sie richtig wahrnehmen. Spannende Monate stehen vor uns. Es ist wahrlich richtig: Politik ohne Grundsätze wird belanglos. Grundsätze ohne Politik sind nutzlos. Und dazu die Aussage eines Diskutanten: „Wenn linke Politik wirksam sein will, muss linke Politik ein intellektuelles Ereignis sein“. Nun ja – denk ich an Neuenhagen in der Nacht...

Werner Förster

(*) H. Albertz 1966/67 Regierender Bürgermeister und Pastor der Bekennenden Kirche - trat wegen des Todes von Benno Onesorg zurück.

Nicht Armut macht krank sondern Krankheit arm

Aus der Rede der Genossin Birgit Wöllert, gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, im Landtag auf einer von der Linksfraktion geforderten aktuellen Stunde



In der Begründung zum Entwurf des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung heißt es, dass es angesichts nicht effizient eingesetzter Mittel in der Gesundheitsversorgung zu Über- und Unterversorgung kommt, die Qualität der Versorgung erheblich variiert und Ressourcen nicht optimal eingesetzt werden. . Dieser Anforderung wird der Gesetzentwurf nicht gerecht. Klar sind in Bezug auf die Finanzierung bisher zwei Dinge:

1. Ab 2007 steigen die Krankenversicherungsbeiträge, und zwar ganz massiv. Mit 0,5%, die von der Bundesregierung ja praktisch verordnet sind, wird es nicht getan sein. Bis zum Start des Gesundheitsfonds 2009 wird eine Beitragsentwicklung von heute 14,3% im Durchschnitt auf knapp 16% prognostiziert. Und wenn einzelne Kassen bis dahin ihre Schulden aus eigener Kraft abtragen sollen, dann wäre selbst das noch lange nicht das Ende der Fahnenstange.

2. Die Politik entzieht dem System Geld, das bisher aus Steuermitteln hinein gegeben worden ist. Hier ist in den letzten Monaten eine unglaubliche Verwirrung gestiftet worden. Die SPD redet von Summen um die 40 Mrd. Euro, die aus Steuermitteln kommen sollen. Zum anderen heißt es, wenigstens die beitragsfreie Versicherung für die Kinder müsste aus Steuern kommen. Das wären etwa 16 Mrd. Euro. Und was kommt am Ende wirklich raus? Die Steuermittel, die jetzt dem Gesundheitssystem zugute kommen, nämlich 4,2 Mrd. Euro aus der Tabaksteuer, werden der gesundheitlichen Versorgung wieder entzogen. Der Gesundheitsbericht der Bundesregierung vom Juni 2006 stellte fest, dass der Gesundheitszustand der Menschen in engem Zusammenhang mit dem sozialen Status steht. So sah es auch der 108. Deutsche Ärztetag in Berlin:

1. Nicht Armut macht krank, sondern Krankheit arm.
2. Arme haben einen schlechteren Zugang zur medizinischen Versorgung.
3. Die Lebensbedingungen machen Arme krank.
4. Arme weisen ein ungünstigeres Gesundheitsverhalten auf.

Genau dieser Befund müsste der zentrale Ausgangspunkt für eine Gesundheitsreform sein, die diesen Namen verdient.

Der Politik fällt dazu nur Bestrafung ein. Wer nicht genügend vorsorgt oder sich nicht therapiegerecht verhält, hat statt 1% bis zu 2% seines Einkommens einzusetzen. Die gesundheitlichen Risiken der Menschen aus den unteren Einkommensgruppen werden so verschärft, aber nicht abgebaut. Diese Gesundheitsreform benachteiligt arme Menschen zusätzlich. Dazu kommt noch, dass die unterschiedliche Versorgungsstruktur und Ärztedichte Menschen mit geringem Einkommen schon auf Grund der Entfernungen, die sie für Untersuchungen zurücklegen müssen weiter benachteiligt. Damit wird an der Schraube der Abhängigkeit zwischen Gesundheitszustand und Sozialstatus immer weiter gedreht. Eine weitere Belastung zeigt sich auch darin, dass eine Zusatzprämie von 8 Euro ohne Einkommensprüfung erhoben werden soll. Wer weniger als 800 Euro Einkommen hat, zahlt also mehr als 1% seines Einkommens zusätzlich. Für Bezieher von ALG 2 sind das bei einem Regelsatz von 345 Euro übrigens 2,3%.

„Die ambulante medizinische Versorgung im Osten blutet aus“, schreiben die Vorsitzenden der fünf Ost-KVen in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Linkspartei.PDS sagt ganz deutlich: Wir brauchen eine andere Finanzgrundlage, eine Grundlage die stabiler und gerechter und die nachhaltig ist. Und diese Grundlage heißt solidarische Bürgerversicherung. Eine Bürgerversicherung in die alle nach ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft einzahlen, wozu auch Zins- und Kapitaleinkünfte gehören. Eine Bürgerversicherung, in der auch alle Bürger Mitglied sind, auch Beamte und Selbstständige sowie gut verdienende Angestellte.

Politik mit den Menschen für die Menschen

Kommunalpolitische Leitlinien der Linkspartei.PDS im Landkreis Märkisch-Oderland (Auszüge)
Dem Kreisverband und der Öffentlichkeit zur weiteren Bearbeitung und Diskussion vorgelegt auf dem Kreisparteitag am 21. Oktober 2006 in Strausberg (erarbeitet von Kerstin Kaiser und Lutz Amsel)

Kommunalpolitik ist eine entscheidende Wurzel erfolgreicher Politik der Linkspartei im Landkreis Märkisch-Oderland (MOL). Kommunalpolitik findet dort statt, wo Vertrauen und Glaubwürdigkeit erworben und wo direkte Mitarbeit, Transparenz sowie Übernahme von Verantwortung umgesetzt wurde.

Viele Mitglieder der Linkspartei sind in Bürgerinitiativen, Vereinen, Gewerkschaften, freiwilligen Feuerwehren und Elternvertretungen aktiv. Wie auch die Abgeordneten erfahren sie hierbei Anerkennung und sehen sich in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt. Nicht immer sind die Ziele dieser Initiativen mit den Möglichkeiten oder Intentionen linker Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker im Einklang.
Linke Kommunalpolitik hat also zu berücksichtigen, dass es zunehmend Spannungen geben wird zwischen dem grundsätzlichen Protest gegen Sozialabbau, Ungerechtigkeit und Verarmung und den Versuchen, die Folgen dieser Politik auf kommunalpolitischer Ebene wenigstens abzumildern. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik insgesamt komplizierter. Das hat mit der Finanzausstattung der Landkreise und Kommunen zu tun. Das hat aber auch damit zu tun, dass so manche Veränderung für die Kommunen ohne ausreichende Debatte und Information „von oben“ durchgesetzt wurde.

Linke Kommunalpolitik muss sich also dem spannungsreichen Verhältnis zwischen den Ansprüchen sozialistischer Kommunalpolitik und den enger werdenden Spielräumen für die reale Gestaltung der Kommunalpolitik stellen.

Die Linkspartei ist grundsätzlich dagegen, dass wirtschaftliche und soziale Sicherheit in der einen Kommune durch Wirtschafts- und Sozialabbau in der anderen erkauft wird. Deshalb ist es von hohem Stellenwert, alle Wege zu erschließen, um diese Konkurrenzen und Dominanzen abzubauen und durch Kooperation zu ersetzen. Die Linkspartei unterstützt den Erhalt und die weitere Zusammenarbeit in der Regionalen Planungsgemeinschaft. Befördert wird auch jede Initiative, die eine Kooperation mit Berlin als zweckmäßig erscheinen lässt.

Die im Landkreis existierenden Wirtschaftsunternehmen werden als wichtige Faktoren der Regionalentwicklung betrachtet. Die Linkspartei unterstützt sie politisch, wenn sie dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten, welche den Arbeitnehmern ein selbstbestimmtes aktives Leben in unserer Region ermöglichen sowie Umwelt und Kulturlandschaft zu erhalten. Vorrangig setzt sich die Linkspartei für den sinnvollen Einsatz nachwachsender Rohstoffe, für einen Ressourcen sparenden Rohstoffeinsatz, für ökologisch zweckmäßige Verkehrskonzepte sowie für regionale Wirtschaftskreisläufe im Landkreis ein. Alle Bestrebungen von Kommunen, diese Ziele umzusetzen, werden durch die Linkspartei und ihre Abgeordneten auf kommunaler Ebene unterstützt. Der Tourismus als Wirtschaftsfaktor gewinnt für unsere Region zunehmend an Bedeutung. Besonders die Vernetzung der Angebote im Kreis, in Ostbrandenburg und mit Polen findet die Unterstützung der Linkspartei.

Die kommunale Daseinsvorsorge ist eine Voraussetzung für lebenswerte Bedingungen in jeder Kommune des Landkreises. Eine Privatisierung in diesem Bereich, um eine Entspannung der Haushaltssituation zu erreichen, wird abgelehnt. Eine eventuelle Beteiligung Dritter wird durch die Linkspartei sorgfältig geprüft.

DIE LINKE. PDS
Märkisch-Oderland

Zur kommunalen Daseinsvorsorge gehören:
- Entwicklungskonzepte unter Beachtung der Regional- und Landesplanung sowie unseres polnischen Nachbarn aber auch unseres Oderlandprogramms;
- Eine verstärkte Zusammenarbeit der kommunalen Ebene sowohl zwischen den Landkreisen als auch den Landkreisen und Kommunen;
- die Sicherung der Ausgleichsfunktion des Kreises;
- die zweckmäßige Bestimmung der Schulstandorte und die rationelle Organisation des Schülerverkehrs;
- der Ausbau der präventiven Angebote im Jugendbereich, um schwere Fehlentwicklungen und Heimeinweisungen aber auch rechtsradikales Gedankengut zurückzudrängen;
- Verwaltungsentscheidungen mit Augenmaß im Ermessensspielraum sowie bürgerfreundliche Umsetzung von Leistungsgesetzen wie Hartz IV;
- Erhalt und Nutzung von Kultur- und Sporteinrichtungen, einschließlich der Kultur GmbH;
- Erhalt und Ausbau kommunaler Betriebe bei wirtschaftlicher Arbeitsweise ohne Dumpinglöhne; statt Privatisierung Spezialisierung ggf. auch über Kreisgrenzen hinaus (z.B. bei der Krankenhaus GmbH);
- schnelle und sachgerechte Entscheidungen für Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus, Kulturlandschaft und Umwelt.

Die Konsolidierung der Kommunalhaushalte bleibt in den kommenden Jahren ständige Aufgabe. Ihre Erfüllung ist in hohem Maße von der Beseitigung der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen des Landkreises seitens des Bundes bzw. des Landes abhängig. Die Kreisumlage muss in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Ämtern entsprechend aktueller Aufgabenzuweisung an die jeweilige Ebene und aktuellen Finanzströmen jährlich neu festgesetzt werden.

Die Linkspartei lehnt eine ausschließliche Sanierung der Haushalte zu Lasten der Beschäftigten der Verwaltungen ab. Der Missbrauch von MAE-Kräften z.B. als kommunale Arbeiter zum Dumping-Tarif wird abgelehnt.

Für die Linkspartei ist es die Kernfrage einer tatsächlichen Bürgerkommune, dass direkte Demokratie, Partizipation (Teilnahme und Teilhabe) und Transparenz an der repräsentativen Demokratie eng miteinander gekoppelt und gemeinsam weiterentwickelt werden. Die Linkspartei setzt sich dafür ein, dass die direkte Demokratie so leicht wie möglich wird. Das bedeutet vor allem:
- die enge Kooperation bis hin zu Bündnissen mit anderen Fraktionen im Interesse der Lösung von Aufgaben für die Bürger,
- den Verzicht auf Ausschlusskataloge für die direkte Demokratie, sondern Plebiszite zu allen Fragen, zu denen die kommunalen Vertretungen Entscheidungen treffen können,
- einfache und kostengünstige Verfahren für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide,
- barrierefreie Nutzung von elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten für Wahlen, Bürgerentscheide und Bürgermitsprache aber auch für die Bearbeitung und das Mitwirken bei Angelegenheiten der Kommunalvertretungen,
- transparente Vergabepraktiken bei öffentlichen Aufträgen sowie ein konsequenter Kampf gegen Verschleierung und Korruption, wobei wir insbesondere für Korruptionsregister eintreten, damit jene Unternehmen, die der Korruption überführt sind, für Jahre von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen sind,
- die Einführung von Bürgerhaushalten, weil so der Kernbereich kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse die Haushaltspolitik für die gesellschaftliche Teilhabe erschlossen wird,
- die Schaffung und Stärkung von Ortsteilvertretungen, die vor allem über eigene Haushaltsmittel verfügen müssen.

Auf dem Kreisparteitag im Frühjahr 2007 sollen die Kommunalpolitischen Leitlinien der Linkspartei im Landkreis MOL beschlossen werde.